



Unterzeichnung des Polizeikooperationsabkommens mit Ungarn: Sándor Pintér und Wolfgang Sobotka.



Innenminister Wolfgang Sobotka mit Polizisten des Polizeikooperationszentrums Nickelsdorf im Burgenland.

# Grenzüberschreitende Einsätze

**Die Polizeikooperation mit Ungarn und Italien wird verbessert. Mit zwei Polizeikooperationsabkommen erhalten Österreichs Polizisten neue Befugnisse bei grenzüberschreitenden Einsätzen.**

**N**eue Herausforderungen erfordern neue Formen der Zusammenarbeit. Wo die organisierte Kriminalität oder der internationale Terrorismus Grenzen überschreiten, darf auch die polizeiliche Zusammenarbeit – vor allem mit den Nachbarstaaten – nicht stehen bleiben. Am 4. September 2017 wurde ein neues Polizeikooperationsabkommen mit Ungarn unterzeichnet, das der Polizei zeitgemäße Werkzeuge in die Hand gibt, um erfolgreicher mit ungarischen Kollegen zu kooperieren und im Grenzraum tätig zu werden. Basis der bisherigen Kooperation war ein bilaterales Abkommen aus 2006, das nun an aktuelle Notwendigkeiten und Entwicklungen angepasst wurde.

Nach parlamentarischer Genehmigung des neuen Abkommens wird die Polizei etwa in der grenzüberschreitenden Nacheile weitergehende Befugnisse erhalten. Die Verfolgung eines Terrorverdächtigen kann von Österreich über die Slowakei bis nach Ungarn fortgesetzt werden. Eine grenzüberschreitende Nacheile kann nun zur Verfolgung einer Person fortgesetzt werden, die sich einer fremden- oder grenzpolizeilichen Kontrolle entzieht. Weitere Kompetenzen wie gemischte Streifen ohne räumliche Begrenzung oder grenzüberschreitende Maßnahmen im Eisenbahnverkehr dienen vor allem der Bekämpfung der illegalen Migration. Österreichische Polizisten erhalten die Befugnis, beim letzten fahrplanmäßigen Halt in Ungarn

zuzusteigen, um ab Überschreiten der Grenze Personen festzunehmen. Außerdem werden sie dazu ermächtigt, eine in Österreich begonnene Amtshandlung auf ungarischem Staatsgebiet fortzusetzen.

Weitere Regelungen des Abkommens umfassen grenzüberschreitende Observationen (die Fortsetzung kann auch auf dem Luft- und Wasserweg erfolgen) und Fahndungsaktionen, den Informationsaustausch über alle Formen illegaler Migration und die Unterstützung bei grenzüberschreitenden Sportveranstaltungen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit der ungarischen Polizei leisten tagtäglich der österreichische Verbindungsbeamte in Budapest sowie die Mitarbeiter der Polizeikooperationszentren Nickelsdorf und Dolga Vas.

**Abkommen mit Italien.** Italien war der letzte Nachbarstaat Österreichs, mit dem kein umfassender polizeilicher Staatsvertrag bestand. Seit 1. April 2017 gilt ein neues Polizeikooperationsabkommen mit Italien. Die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der italienischen Polizei werden erweitert und ausgebaut. Die grenzüberschreitende Nacheile kann nun auf dem Luftweg und ohne räumliche Begrenzung durchgeführt werden. Bisher war es nur erlaubt, Straftäter zwanzig Kilometer auf Autobahnen und zehn Kilometer auf Land-

straßen in Italien zu verfolgen. Zur Bekämpfung der illegalen Migration wurden polizeiliche Befugnisse für gemeinsame Streifen und grenzüberschreitende Maßnahmen im Eisenbahnverkehr geschaffen. Ein neuer Bereich umfasst die Zusammenarbeit beim Zeugen- und Opferschutz, der bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität eine entscheidende Rolle spielt.

Darüber hinaus haben sich in der Zusammenarbeit mit Italien neue Entwicklungen ergeben, deren Fokus in der Bekämpfung der illegalen Migration liegt. 2017 wurden wieder österreichische Polizisten in italienischen Adriaahäfen, am Flughafen Rom und in Sizilien zum Schutz der EU-Außengrenzen eingesetzt. Die italienische Polizei wird bei der Dokumentenprüfung und Registrierung unterstützt.

Im Zeichen der Bekämpfung der illegalen Migration stand eine Ministerkonferenz europäischer und nordafrikanischer Länder am 19. und 20. März 2017 in Rom. Während sich die Situation auf der Westbalkanroute beruhigte, stieg die Anzahl von Migranten in Italien stark an. Libyen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, von dort geht ein Großteil der Anlandungen in Italien aus. Für Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka ist die Unterstützung Libyens bei der Sicherung seiner Küsten und seiner Südgrenze entscheidend, um den Schlepperorganisationen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. *Florian Walter*